



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Bornhak, Conrad: Im neuen Deutschland

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Im neuen Deutschland

Von Professor Dr. Conrad Bornhak



elten prägt sich schon bei den Mitlebenden der Gedanke aus, daß mit einem geschichtlichen Ereignisse ein neues Zeitalter beginnt. Als Odoaker den letzten Kaiser des Weltreiches Romulus Augustulus absetzte, um selbst als deutscher Heerkönig und Statthalter des im Osten fortlebenden Römerreichs Italien zu beherrschen, dachte kein Mensch: Jetzt ist das Altertum zu Ende, und das Mittelalter beginnt. Und als Columbus, die westliche Durchfahrt nach Indien suchend, auf eine amerikanische Insel stieß, oder Luther in einem Mönchsstreite mit Tezel die fünfundneunzig Thesen an die Wittenberger Schloßkirche schlug, lag beiden, tief in mittelalterlichen Anschauungen befangen, jeder Gedanke fern, damit ein neues Zeitalter zu eröffnen. Doch mit Beginn des Weltkrieges brach sich mit unwiderstehlicher Gewalt die Überzeugung Bahn: Alles, was war, versinkt, eine neue Zeit bricht an. Glückliche werden spätere Geschlechter die preisen, denen es vergönnt war, das Gewaltige selbst zu erleben und dabei irgendwie mitzuwirken. Und in der Tat, von riesenhafter Größe müssen Ereignisse sein, die schon den Mitlebenden den Beginn eines neuen Zeitalters ankündigen.

So wie es bisher war, kann es nicht bleiben, nach dem Kriege muß alles anders werden. An dieser Tatsache ist nicht zu zweifeln, nur das Wie ruht in der Zukunft Schoße und öffnet der Phantasie und der Prophetie weitesten Spielraum. Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik dürfen diese sich nicht äußern. Denn eine hochweise Regierungspolitik verbietet jede Erörterung der Kriegsziele, abgesehen von der, daß wir uneigennützig nichts haben wollen, und das Weltringen auslaufen soll wie das Hornberger Schießen, was natürlich kein Mensch glaubt. Um so mehr kann man den phantasievollen Geist auf dem Gebiete der künftigen inneren Politik sich tummeln lassen.

Deutscher Idealismus treibt hier die seltsamsten Blüten. Der Geist von 1914 soll auch nach dem Kriege fortwirken und erbitterte Parteilämpfe verhüten, und dazu gründet man auch noch einen Verein. Demgegenüber hatte schon unser deutscher Lehrer in der Ober-Prima, Professor Gädke, der Vater des bekannten vormaligen Obersten a. D. Gädke, das treffende Wort: „Begeisterung ist keine Heringsware, man kann sie nicht inpökeln“. Und wenn der Reichskanzler unter lebhaftem parlamentarischem Beifalle das Wort prägte:

„Freie Bahn jedem Tüchtigen“, so taucht sofort der Einwand auf, woran man die Tüchtigkeit vor der Bewährung erkennt, und wer darüber zu entscheiden hat.

Eingehender hatten sich mit der künftigen Gestaltung der sozialen Frage zwei Sammelwerke beschäftigt unter dem Namen „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland“ und „Vom inneren Frieden des deutschen Volkes“, die in diesen Blättern eingehend besprochen worden sind. \*) Ihnen schließt sich jetzt ein weiteres an, das in fünfundzwanzig einzelnen Aufsätzen von Verfassern der verschiedensten Parteirichtungen die künftige Gestaltung von Recht, Verwaltung und Politik im neuen Deutschland zum Gegenstande der Erörterung macht.\*\*)

Die größte Schwierigkeit besteht dabei allerdings zunächst darin, daß vorläufig niemand weiß, wie die neuen Verhältnisse sich im einzelnen gestalten werden, welche neuen Forderungen des Staats- und Wirtschaftslebens sich da erheben, und welche Mittel zu ihrer Befriedigung zur Verfügung stehen. Es sind alles Forderungen aus den bisherigen Zuständen und aus den bisherigen Parteirichtungen heraus. Nichts wesentlich Neues, und alles schon dagewesen. Vielleicht kommt doch nachher alles anders.

Nur die allgemeine Richtung der Zukunft steht wohl fest. Wir werden nach dem Kriege mit einer sehr starken demokratischen Strömung und mit einem allgewaltigen Staatssozialismus zu rechnen haben. Das Ideal des sozialdemokratischen Zukunftsstaates ist schon jetzt nicht mehr Zukunft, sondern wir stecken schon mitten drin und werden nach dem Kriege mit unwiderstehlicher Gewalt immer tiefer hineingetrieben werden. Während die sozialdemokratische Partei in ihrer bisherigen Form zerbricht, werden ihre Ziele Wirklichkeit. Sie kann sich nunmehr auf den Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung stellen, weil diese selbst eine andere geworden ist, denn an den großen Kladderadatsch, an den sich die restlose Verwirklichung des Zukunftsstaates anschließen würde, glaubte schon längst kein verständiger Sozialdemokrat mehr. Aber der geschichtliche Übergang ist gegeben.

Deshalb ist es sehr richtig, was Heinemann in dem einleitenden Aufsätze über die soziale Kraft der Koalition sagt. Die Gewerkschaften haben während des Krieges eine bedeutende Aufgabe zu erfüllen gehabt. Noch immer ist in jedem gesunden Staatswesen die Erlangung von Rechten abhängig gewesen von der Übernahme von Pflichten. Die Erfüllung dieser Pflichten während des Krieges gibt den Gewerkschaften die Anwartschaft, künftig auch in die

\*) Vergl. den Aufsatz von Professor Wittschewsky „Vom Krieg zum inneren Frieden“ in Nr. 29 vom Jahre 1916.

\*\*) Recht, Verwaltung und Politik im neuen Deutschland, herausgegeben von Dr. Alfred Bozi, Richter in Bielefeld und Dr. Hugo Heinemann, Rechtsanwalt in Berlin. Beiträge: G. Bamberger, G. Bernhardt, Th. Brauer, von Campe, B. Cohen, S. Dind, W. Franz, M. von Hagen, W. Heine, S. Heinemann, R. Hoffmeister, O. Jöhlinger, E. Leiderer, Th. Leizart, R. von Lilienthal, S. Lindemann, W. Marx, A. Müller, F. Niebergall, A. Pappritz, S. Preuß, W. Rein, F. Riß, C. Sebering, R. Wissell. Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart 1916. 403 Seiten. Preis geh. 6 Mark, kart. 6,80 Mark.

Organisation unseres öffentlichen Rechtslebens einzurücken. Das wirkt aber zurück auf die Umgestaltung des bisherigen privatrechtlich-individualistischen Arbeitsvertrages des einzelnen Arbeiters zum Tarifvertrage der Arbeiterschaft und seiner Einfügung in die Rechtsordnung.

Dagegen wiederholen die folgenden Aufsätze über die Ausgestaltung unserer Rechtsordnung nur Forderungen, die bisher schon häufig gestellt worden sind, ohne durch die öftere Wiederholung an Gewicht und Bedeutung zu gewinnen. Der alte Vorkämpfer für Zulassung der Techniker zur Laufbahn der höheren Verwaltungsbeamten, Professor Franz von der Technischen Hochschule zu Charlottenburg, bricht auf diesem Steckenpferde noch einmal eine Lanze. Gewiß wird im Wirtschaftsstaate der Zukunft die Technik eine immer größere Bedeutung gewinnen. Weshalb aber gerade die Fähigkeit, eine Maschine zu bauen, die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst geben soll, während man sich die nötige Kenntnis von Recht und Volkswirtschaft so nebenbei aneignen soll, bleibt dabei unklar. Der Zentrumsmann Marx will den Richter vor den Einwirkungen der Justizverwaltung auf seine Entscheidungen schützen, gewiß ein Ziel aufs innigste zu wünschen, wenn diese Einwirkungen sich bisher nur irgendwie in bedenklicher Weise gezeigt hätten. Der Sozialdemokrat Wolfgang Heine hat namentlich vom Standpunkte der Klassenjustiz mehr Vertrauen zum Volksrichter als zum Berufsrichter. Die Auffassungen darüber sind verschieden. Nach meiner langjährigen richterlichen Erfahrung würde ich als unschuldiger Angeklagter die größte Furcht vor dem Schwurgerichte haben. Der Nationalliberale Landgerichtspräsident von Campe wünscht in seinem Aufsätze über Richter, Anwalt und Staatsanwalt den Staatsanwalt mehr zurücktreten zu lassen. Da würde ich noch weiter gehen. Ich habe schon vor Jahren\*) Rückkehr von Anklageprozesse zum alten Inquisitionsprozesse, aber mit Öffentlichkeit und Mündlichkeit unter völliger Ausschaltung der Staatsanwaltschaft vorgeschlagen, ohne damit gegenüber dem Gesetze der Trägheit in den überkommenen Anschauungen viel Anklang zu finden. Riß will der Rechtsprechung eine freiere Stellung gegenüber dem Gesetze geben. Justizrat Bamberger verlangt Friedensrichter zur vergleichsweisen Beseitigung verwüstender Rechtsstreitigkeiten. Das ist alles sehr schön und brav, nur handelt es sich um alte, längst erörterte Forderungen, die mit der neuen Gestaltung Deutschlands nach dem Kriege herzlich wenig zu tun haben.

Eine zweite Gruppe von Aufsätzen beschäftigt sich mit der Gestaltung der Arbeiterverhältnisse durch die künftige Rechtsordnung. Hier sind hauptsächlich Leiter der Gewerkschaften verschiedenster Richtung zum Worte gekommen. Brauer zeigt in einem Rückblick, der eigentlich mit dem neuen Deutschland nichts zu tun hat, die Einwirkungen der Arbeiterbewegung auf die bisherige Rechtsentwicklung. Wiffel fordert eine Vereinheitlichung des bisher von der Gesetz-

\*) Zur Reform des Strafprozesses in der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft Bd. 19 (1898), S. 64 ff.

gebung sehr stiefmütterlich behandelten Arbeiterrechts, aber keineswegs seine Gleichheit für alle Arbeiterklassen und zeigt namentlich am Tarifvertrage, der später noch von Leipart besonders behandelt wird, wie wenig das geltende Recht den Bedürfnissen der Zeit — aber schon vor dem Kriege — genügt. Dazu kommen eine Reihe von Mängeln des Arbeiterversicherungsrechtes. Die Ausführungen über Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die im Gegensatz zum Individualrecht der Gegenwart Eintritt in die Rechtsordnung fordern, von Jederer berühren sich mit den einleitenden Bemerkungen von Heinemann und sind dort bereits gewürdigt. Die Erörterung der Arbeitsnachweisfrage von Cohen zeigt, daß angesichts der Bestrebungen der beiderseitigen Verbände, den Arbeitsnachweis in die Hand zu bekommen, eine gesetzliche Regelung nur auf dem Boden des paritätischen Arbeitsnachweises zu einem befriedigenden Ergebnisse führen kann. Die Aufsätze von Hoffmeister über die Landarbeiterfrage und von August Müller über die Konsumgenossenschaften fallen insofern aus dem Rahmen, als sie nur die bestehenden wirtschaftlichen Zustände schildern, aber keine neue Forderungen an das Recht der Zukunft stellen.

Doch wo sich alles erneut, kann auch die Verwaltung nicht die alte bleiben. Daß gerade der Ingenieur statt des Juristen oder vorläufig wenigstens neben ihm der gegebene Verwaltungsbeamte der Zukunft ist, wurde bereits in anderem Zusammenhange erwähnt. Aber den grundlegenden Aufsatz liefert Hugo Preuß mit seiner Neuorientierung — dies scheußliche Wort ist auch hier unvermeidlich — der inneren Verwaltung. Um Preußen der Reichspolitik gefügig zu machen, die er sich natürlich durch einen nach links „orientierten“ Reichstag bestimmt denkt, weiß er ein sehr einfaches Mittel: der Reichskanzler soll gleichzeitig preußischer Staatskanzler und damit der Vorgesetzte aller preußischen Minister werden. Der Gedanke ist verflucht gescheut, stammt dafür aber auch nicht von Preuß, sondern vom Fürsten Bülow, der ihn freilich nicht in die Wirklichkeit umsetzen konnte. Ob die Verwirklichung in der Tat zur Herrschaft der Reichstagsmehrheit über Reich und Preußen oder nicht vielmehr zu einem unerträglichen Ministerialdespotismus führen würde, müßte erst die Erfahrung lehren. In seinen Gedanken über die Selbstverwaltung begegnet sich Preuß mit dem besonderen Aufsätze des württembergischen Sozialdemokraten Bindemann über den Gegenstand. Ihm ist Selbstverwaltung örtliche Verwaltung, insbesondere einschließlich der Polizei, schlechthin, aus der sich demnach der Staat zurückziehen soll. Diese Selbstverwaltung ist aber gedacht als eine solche der Großgemeinde auch über das umliegende flache Land durch eine einzige Versammlung vermöge von ihr abhängiger Beamten. Dann nach Ausschaltung der staatlichen Bürokratie soll das goldene Zeitalter erreicht sein. Ich fühle mich nun keineswegs gedrungen, auf die staatliche Bürokratie ein Loblied anzustimmen. Aber mit den Leistungen der größten Gemeinde Berlin, die an Weisheit — ich erinnere nur an das Verhältnis zu den Vororten und zur großen Berliner Straßenbahn — seit Jahrzehnten mit Schilda und

Schöppenstedt wetteifert, kann sie es wirklich noch aufnehmen. Im Hintergrunde dieser Verwaltungsideale schwebt der Kampf um die Macht. Die Durchführung würde die ganze Verwaltung dem Kapital und den Sozialdemokraten preisgeben, die ja jetzt schon die wesentlichsten Regierungsstützen bilden. Es muß aber billig bezweifelt werden, ob die anderen Gesellschaftsklassen, namentlich Landwirtschaft und städtische Mittelklassen, die doch auch erkleckliche Leistungen für das Gesamtwohl aufzuweisen haben, sich so ohne weiteres durch die neue Verwaltung unterbuttern lassen würden.

Der Katholik Dindl verlangt insbesondere noch stärkere Heranziehung der Arbeiter, auch der Arbeiterinnen zur Selbstverwaltung unter rechtlicher Anerkennung der Gewerkschaften und öffentlich rechtlicher Organisation des Arbeiterstandes.

Für staatsbürgerliche Erziehung erwärmt sich der Heidelberger Theologe Niebergall, während der Jenaer Rein als Schulorganisation der Zukunft den Unterbau der einheitlichen Volksschule für die ersten sechs Schuljahre fordert. Staatsbürgerliche Erziehung ist schon eine alte Forderung und erscheint voll berechtigt. Die Einheitschule liegt in dem demokratischen Zuge der Zeit und wird schon lange von den Volksschullehrern gefordert. Die sozialen und pädagogischen Bedenken dagegen geltend zu machen, würde eine besondere Abhandlung erfordern. Den Reichtum und die Mannigfaltigkeit in der Entwicklung deutscher Bildungsstätten nach französischer Weise über einen Kamm scheren zu wollen, ist aber eher Bureaokratismus als das, was man gewöhnlich dafür ausgibt.

Den Schluß bilden Aufsätze von Georg Bernhard über die Finanzwirtschaft, von Otto Jöhlinger vom „Berliner Tageblatte“ über die Kolonialpolitik und von Maximilian von Hagen über die auswärtige Politik nach dem Kriege. Schon jetzt von der künftigen Finanzwirtschaft zu reden, ist ziemlich müßig. Denn sie wird sich nach den künftigen Bedürfnissen des Reiches richten. Und davon wissen wir vorläufig nur so viel, daß sie eine bisher nicht geahnte schwindelnde Höhe erreichen werden. Danach muß sich auch die Deckung gestalten. Wo sie liegen wird, kann man allenfalls andeuten, in indirekten und in direkten Steuern und in Monopolen. Das ist ebenso selbstverständlich wie nichtsagend. Daß sich ein Mann vom „Berliner Tageblatte“ für die Fortführung unserer Kolonialpolitik erwärmt, ist sehr anerkennenswert. Nur unterläßt er leider den Nachweis, wie sich die Behauptung unserer Schutzgebiete in einem künftigen Kriege ermöglichen lassen soll ohne Seegeltung, und wie Seegeltung möglich ist ohne Stützpunkte an der Kanalküste. An demselben Mangel leidet auch der letzte Aufsatz von Maximilian von Hagen über die auswärtige Politik, wohl der bedenklichste des ganzen Buches. Im Interesse unserer künftigen Weltmachtstellung sollen wir durch den Friedensschluß keinen unserer bisherigen Gegner dauernd zurückstoßen, auch die kleinen Staaten an uns ziehen. Belgien wird dabei ausdrücklich genannt, seine Wiederherstellung als unabhängiges Staatswesen somit als selbstverständlich vorausgesetzt. Dann

dürfen wir auch Schweden und Norwegen gegen russische und nun gar den niederländischen Kolonialbesitz gegen japanische Begehrlichkeit verteidigen. Diese Proben verschrobenster Weltfremdheit genügen wohl. Man sollte es nicht für möglich halten!

Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen. Das gilt auch hier. Eine Reihe zum Teil fesselnd geschriebener Abhandlungen von wertvollem Inhalte konnten wir an unseren Augen vorübergehen lassen. Aber für das Ganze möchte ich die Worte wiederholen, mit denen Friedrich von Raumer in einem Berichte an den Staatskanzler von Hardenberg vom 26. August 1810 die Übersicht der aus dem Publikum eingegangenen Reformvorschläge begleitete: „Ich gewahrte bald, daß das Wahre nicht neu, und das Neue nicht wahr oder brauchbar sei. Desungeachtet war die Leserei anziehend genug, und ich erlaubte mir, beim Mangel ernsthafter Weisheit einige der gar kuriosen Einfälle und Vorschläge aufzuzählen.“ Letzteres ist auch hier geschehen.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik dürfen Kriegsziele nicht erörtert werden, obgleich wir hier durch das militärische Ergebnis schon einigermaßen mit festen Grundlagen zu rechnen haben. Aber auf dem Gebiete der inneren Politik nach dem Kriege tappen wir noch in dunklem Nebel, aus dem einigermaßen die ungefügen Gestalten von Demokratie und Staatssozialismus sichtbar werden. Tiefer in dieses Nebelmeer hineinzuleuchten, um Einzelheiten zu erkennen, ist noch durchaus verfrüht. Das zeigt vor allem das Buch von neuem Deutschland, das eigentlich eins vom alten Deutschland ist.



## Die Alabamafrage

Von Dr. H. Knüfermann



Die Erscheinungen des deutsch-englischen Seekrieges, Deutschlands Abschließung durch England, die Taten der „Gmden“, „Karlsruhe“ und der „Möve“, der Unterseebootkrieg, erinnern in mancher Beziehung an die Ereignisse zur See im nordamerikanischen Sezessionskriege, an die Blockade der südstaatlichen Küste durch den Norden und besonders an das Auftreten der berühmten südstaatlichen Kaperschiffe, wie der „Alabama“, und die daraus entstandene „Alabamafrage“, die beinahe zu einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten und England geführt hätte.

Während des amerikanischen Sezessionskrieges in den Jahren 1861 bis 1865 unterstützte England in offensichtlicher Weise den Süden gegen die Nord-